

Gemeinsamer Aufruf für die Wahlen zum Europäischen Parlament

Die Europäische Union übt auf das soziale, wirtschaftliche und politische Leben in allen Bereichen entscheidenden Einfluss aus. Jedoch ihr gegenwärtiger Kurs entspricht nicht den Interessen der Mehrheit der Bürger Europas. Daher weisen die Völker die Politik des Sozialabbaus zurück, die verschiedene Regierungen auf nationaler und europäischer Ebene betreiben. Sie lehnen eine Politik ab, die die Marktwirtschaft mit freier Konkurrenz für sakrosankt erklärt, öffentliche Dienstleistungen in Frage stellt, Sozialausgaben kürzt und den Arbeitsmarkt dereguliert

Denn es sind die Völker, die die Folgen dieser Politik zu tragen haben. Obwohl die Produktivität ständig steigt und die Profite des Großkapitals in die Höhe schnellen, bestimmen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung mehr denn je den Alltag der Menschen in der Europäischen Union. Da sie keine Perspektive sehen, herrscht Zukunftsangst in allen Generationen, greift populistische Demagogie um sich, bleiben die Wähler in Massen den Urnen fern. In der Europäischen Union haben wir heute gegen völlig neue Gefahren zu kämpfen – eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 sind für uns Linke eine Gelegenheit, den Bürgern der Europäischen Union zu zeigen, dass es zur neoliberalen Politik in der EU und in den meisten ihrer Mitgliedstaaten Alternativen gibt.

Unser Ziel ist ein soziales, ökologisches, demokratisches und friedliches Europa, das aktiv für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt eintritt.

Für diese politischen Werte und Forderungen stehen die Unterzeichner dieses Aufrufs. In ihren Ländern und im Europäischen Parlament setzen sie sich für eine Politik ein, die mit den Dogmen des Ultraliberalismus bricht, die den Widerstand und die Teilhabe der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der Bürger zur Triebkraft des sozialen Wandels macht.

Der Entwurf einer Verfassung, die den Neoliberalismus und die Mitgliedschaft in der NATO als einzige Perspektive für die Europäische Union festschreibt, ist das Gegenteil von Veränderung, sozialem Fortschritt und einer neuen friedensstiftenden Rolle in der Welt, die Europa so dringend braucht. Die Unterzeichner dieses Aufrufs setzen sich mit Nachdruck für einen neuen Verfassungsvertrag ein, der die demokratischen Forderungen nach einem Europa des Friedens und der Solidarität aufnimmt, die in den Gesellschaften unserer Länder immer lauter werden.

Um auf dem Wege zu einem sozialen, ökologischen, demokratischen, einträchtigen und friedlichen Europa voran zu kommen, unterbreiten sie die ihre Vorschläge in den folgenden fünf Bereichen:

I. Garantierte Arbeits- und Ausbildungsplätze, Förderung öffentlicher Dienstleistungen

Da wir heute eine enorme Ausbreitung ungeschützter Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, wachsende Ausgrenzung und Armut erleben, sind unsere Prioritäten: Vollbeschäftigung in regulären Jobs, garantiertes lebenslanges Lernen, allgemeine Anhebung der Löhne und Gehälter in Einklang mit der Entwicklung der Produktivität und der Inflationsrate, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht

und Ausbildungsplätze für die Jugend.

Auftrag und Zuständigkeit der Europäischen Zentralbank, die zur Zeit ausschließlich auf die Forderungen der Finanzmärkte ausgerichtet ist, sind radikal zu ändern. Sie muss demokratischer öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Eine Wachstumspolitik ist zu fördern, die sich auf sozial nützliche Investitionen und Verbrauch stützt. An die Stelle des ultraliberalen Stabilitätspaktes muss ein Pakt für sozialen Fortschritt und Beschäftigung treten.

Der staatliche Wirtschaftssektor und öffentliche Dienstleistungen sind zu fördern:

Eine Bilanz der bisherigen Privatisierungen und Deregulierungen ist zu ziehen. Die Öffnung dieses Bereichs für den Wettbewerb muss gestoppt werden. Die öffentlichen Dienstleistungen sind weiterzuentwickeln, die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich ist zu verstärken. Die öffentliche Hand muss mehr in Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildung investieren.

Eine Neubewertung der Aufgaben des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU muss zu verbesserten Verbraucher- und Arbeitnehmerrechten führen.

Arbeitnehmer, Abgeordnete und Organisationen der Zivilgesellschaft sollen das Recht erhalten, die Verwendung von öffentlichen Geldern, die Führungstätigkeit von Unternehmen, auch multinationalen Gesellschaften einschließlich deren Kündigungspläne zu kontrollieren. Das ist nur durch mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in den Regionen, auf nationaler und europäischer Ebene zu erreichen.

II. Ein Europa der Demokratie und gleicher Rechte ohne jede Diskriminierung

- Die genannten sozialen und wirtschaftlichen Rechte – ob nun in der Charta der Grundrechte enthalten oder nicht – gehören ins Zentrum der Integration Europas, wie wir sie uns wünschen;
- Wir fordern mehr Mitspracherechte und mehr Kontrolle von Entscheidungen auf europäischer Ebene durch das Petitionsrecht und andere Formen demokratischer Teilhabe, durch die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parliamente;
- Angleichung der Sozialgesetze nach oben und Institutionalisierung des Prinzips, dass erreichte Standards nicht unterschritten werden dürfen;
- wirkliche Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen



Bereichen; Kampf gegen Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung;

- Schutz und Förderung der Rechte von Kindern und Jugendlichen;
- Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen;
- Wahrung der Rechte von Einwanderern und Flüchtlingen, insbesondere des Rechts auf Arbeit und des Wahlrechts für Ausländer;
- Achtung von Minderheitenrechten;
- Kampf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Neo-Faschismus, Chauvinismus, Ausländerhass, Nationalismus, Rechtsextremismus und Intoleranz;
- Achtung der verschiedenen Kulturen und garantierter Zugang zu den Gütern der Kultur für alle.

III. Ein Europa der Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung

- Vorrang für eine Politik wirtschaftlicher Angleichung, die auf sozialem Fortschritt und dem Schutz der Umwelt beruht, die auf wirtschaftliche und soziale Kohäsion zielt;
- Erhöhung des Budgets der EU im Zusammenhang mit ihrer Erweiterung; Verwendung der Mittel für Beschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung;
- Einführung von Mechanismen zur Verhinderung von Betriebsverlagerungen;
- Besteuerung der Finanzmärkte (Tobin-Steuer) und der Maximalprofite;
- Vorrang für Maßnahmen und Investitionen, die dem Umweltschutz, der Lebensmittelsicherheit und der Sicherheit der Meere dienen;
- europäische Gesetze, die verhindern, dass Naturressourcen wie Wasser und Luft als Waren behandelt werden.

IV. Ein unabhängiges Europa, das sich aktiv für Frieden und Solidarität einsetzt

- Entschuldung der Entwicklungsländer und Einsatz von mindestens 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe;
- Umorientierung der Politik der Zusammenarbeit auf den Grundsatz der Gleichheit, besonders mit den Ländern des Mittelmeerraumes, Afrikas und Lateinamerikas;
- Bekräftigung einer Politik der Unabhängigkeit von den USA, die die Souveränität der Staaten achtet, für Frieden und Abrüstung in der Welt eintritt, politische Konfliktlösungen einschließt, der UNO und dem Völkerrecht eine größere Rolle zumisst, sich der Präventivkriegsstrategie der US-Administration widersetzt und eine Militarisierung der Europäischen Union – ob innerhalb oder außerhalb der NATO – in jeglicher Form ablehnt;
- Verurteilung des Terrorismus in jeglicher Form, vor allem, wenn er unter Unschuldigen Opfer fordert. Wir sind überzeugt, dass Terrorismus nicht

durch Einschränkung von Freiheiten, Bürger- und Menschenrechten einzudämmen ist, sondern nur durch den Ausbau von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Wir verurteilen Krieg gegen jeglichen Staat unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus;

- Errichtung eines neuen Sicherheitssystems auf der Basis der Zusammenarbeit in Europa, das sich auf eine erneuerte OSZE stützt, hinsichtlich des Verhältnisses zu den Partnern im Mittelmeerraum eng mit der UNO zusammenwirkt und eine Alternative zur NATO darstellt;
- Eintreten für ein Ende der Besetzung im Irak, für den Abzug der ausländischen Truppen und die Übertragung der vollen Souveränität an das irakische Volk;
- Initiativen zur Unterstützung aller Pläne für einen israelisch-palästinensischen Frieden und die Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit Israels und aller Staaten der Region;
- Unterstützung für die Wiedervereinigung Zyperns als Föderation aus zwei Landesteilen und zwei Volksgruppen, die zu Frieden, Stabilität und einer gemeinsamen gedeihlichen Zukunft für alle Zyprioten innerhalb der Europäischen Union führt. Die Unterzeichner dieses Aufrufs betonen, dass es Sache der Zyprioten ist, über den endgültigen Wortlaut des vom UN-Generalsekretär vorgelegten Abkommens zu entscheiden;
- Kampf gegen das Wettrüsten, gegen die Verbreitung und den Besitz solcher Massenvernichtungsmittel wie atomarer, biologischer und chemischer Waffen durch die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen und die strikte Einhaltung des Atomsperrvertrages auch durch die heutigen Nuklearmächte;
- Kampf gegen die Militarisierung des Weltraums und für Weltmeere, die frei von Atomwaffen sind;
- Reform und Demokratisierung der UNO als wichtiger Raum für internationale Zusammenarbeit;
- Unterstützung des Kampfes der Völker gegen die Politik der bestehenden internationalen Finanz- und Wirtschaftsorgane wie WTO, IWF und Weltbank, für deren radikale Reformierung und Unterstellung unter die Kontrolle der UNO;
- für eine wirksame Anwendung des Kyoto-Protokolls über die Umwelt – obwohl es unvollkommen ist – und der Festlegungen der unter der Schirmherrschaft der UNO durchgeführten Gipfelkonferenzen.

V. Die Orientierung ändern: Ein anderes Europa ist möglich

Die Zeit ist reif für eine gründliche Veränderung der EU, mit der die Bürgerin-

nen und Bürger, nicht die Märkte und die vorherrschenden Kräfte der Wirtschaft, d. h., die Multis und das Finanzkapital – zu den wahren Akteuren und Urhebern einer Politik werden, die in ihrem Namen ausgeübt wird.

Die wachsende Zukunftsangst, der Widerstand gegen den Abbau der von der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften schwer erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften, die Forderungen nach neuen demokratischen Rechten, die in allen Ländern laut werden – all das ist eine Kampfansage an die Logik des Neoliberalismus, die in der Einheitlichen Europäischen Akte, in den Verträgen von Maastricht und den nachfolgenden Dokumenten festgeschrieben ist.

Ein anderes Europa ist möglich, wenn die Arbeitnehmer, die Völker, die sozialen und Bürgerbewegungen ihre Kämpfe verbreitern und vertiefen, wenn sich überall jene zusammenschließen, die die neoliberale Politik ablehnen, die gemeinsam für die demokratische Veränderung der Gesellschaft in Europa, für eine Alternative zum Kapitalismus handeln wollen.

Als linke Parteien sind wir Teil dieser Bewegung. Wir wollen innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments um eine neue Perspektive in Europa und für Europa ringen. Wir wollen ein soziales, ökologisches, demokratisches, einträchtiges und friedliches Europa errichten.

Wir sind für Zusammenarbeit in vielfältigen Formen. Über die hier genannten Verpflichtungen hinaus haben wir uns dazu entschlossen, unsere Kooperation im Europäischen Parlament im Rahmen der Fraktion Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) auf der Basis des bereits Erreichten fortzusetzen.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs verpflichten sich, für diese Ziele und Orientierungen in jedem einzelnen Land und auf europäischer Ebene durch ihre gewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament einzutreten.

Die unterzeichnenden Parteien:

Kommunistische Partei (Belgien)
Partei des Demokratischen Sozialismus (BRD)
Französische Kommunistische Partei SYNASPISMOS (Griechenland)
Partei der Italienischen Kommunisten
Partei der kommunistischen Wiedergründung (Italien)
Kommunistische Partei Luxemburgs
Kommunistische Partei Österreichs
Portugiesische Kommunistische Partei
Kommunistische Partei der Slowakei
Vereinigte Linke (Spanien)
Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Tschechische Republik)
Arbeiterpartei (Ungarn)
AKEL (Zypern)

Nicosia, 5. 5. 2004